

TORSTEN KINDT

Transnationale Verträge im nationalen Recht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

508

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

508

Herausgegeben vom
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:
Holger Fleischer und Ralf Michaels



Torsten Kindt

Transnationale Verträge im nationalen Recht

Theorie und Dogmatik
transnationaler Ordnungsstrukturen
am Beispiel von
Musterverträgen im Finanzbereich

Mohr Siebeck

Torsten Kindt, geboren 1987; Studium der Rechtswissenschaft an den Universitäten Heidelberg und Cambridge; 2015 Erste juristische Staatsprüfung; Referendariat in Heidelberg, Frankfurt a. M., Speyer und Karlsruhe; 2017 Zweite juristische Staatsprüfung; 2021 LL.M. (Stanford); 2022 Promotion (Mannheim); Akademischer Rat a. Z. und Habilitand am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales und Europäisches Wirtschaftsrecht der Universität Mannheim.
orcid.org/0000-0001-7944-2909

ISBN 978-3-16-162154-3 / eISBN 978-3-16-162375-2
DOI 10.1628/978-3-16-162375-2

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441
(Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.de> abrufbar.

© 2023 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Nicht kommerziell – Keine Bearbeitungen 4.0 International“ (CC BY-NC-ND 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>.

Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Printed in Germany.

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Herbst-/Wintersemester 2022 von der Abteilung Rechtswissenschaft der Universität Mannheim als Dissertation angenommen. Entstanden ist sie während meiner Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter am dortigen Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Internationales und Europäisches Wirtschaftsrecht sowie eines zwischenzeitlichen Forschungs- und Studienaufenthaltes an der Stanford Law School. Die mündliche Prüfung fand am 10. Oktober 2022 statt. Gesetzgebung, Literatur und Rechtsprechung sind bis Februar 2023 berücksichtigt.

Meinem verehrten Doktorvater Herrn Prof. Dr. Moritz Renner danke ich herzlich für die vorbildliche Betreuung der Arbeit. Er hat ihren Entstehungsprozess von der Themenfindung bis zur Überarbeitung der Druckfassung in steter Diskussionsbereitschaft begleitet und mit vielfältigen Anregungen bereichert. Darüber hinaus bot er mir an seinem Lehrstuhl fachlich wie menschlich ein ideales Arbeitsumfeld, das sowohl die Möglichkeit zur Mitwirkung an inspirierenden Forschungsprojekten als auch die nötigen Freiräume für eigene wissenschaftliche Vorhaben gewährt hat. Herrn Prof. Dr. Andreas Maurer, LL.M. (Osgoode), danke ich für die Erstellung eines ebenso konstruktiven wie wohlwollenden Zweitgutachtens. Bei den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Dr. h.c. Holger Fleischer, LL.M. (Michigan), Dipl.-Kfm., Herrn Prof. Dr. Ralf Michaels, LL.M. (Cambridge), und Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann, bedanke ich mich für die Aufnahme in die Schriftenreihe.

Der Studienstiftung des deutschen Volkes bin ich dankbar für die Gewährung eines Promotionsstipendiums einschließlich der immateriellen Förderung, von der ich schon während meiner Studienzeit sehr profitiert habe. Dank gebührt auch dem Deutschen Akademischen Austauschdienst für die Unterstützung des promotionsbegleitenden Auslandsaufenthaltes. Ebenfalls zu danken habe ich dem Arbeitskreis Wirtschaft und Recht des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, der Johanna und Fritz Buch Gedächtnis-Stiftung, der Stiftung Geld und Währung sowie der Studienstiftung ius vivum für die Gewährung großzügiger Druckkostenzuschüsse. Bei der Universität Mannheim und der Karin und

Carl-Heinrich Esser Stiftung bedanke ich mich für die Auszeichnung der Arbeit mit dem Preis für Sprache und Wissenschaft.

Inhaltlich profitiert hat die Arbeit von Gesprächen mit Herrn Prof. Dr. Matthias Lehmann, D.E.A. (Paris II), LL.M., J.S.D. (Columbia), Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Heinz-Peter Mansel und Herrn Prof. Dr. Michael Grünberger, LL.M. (NYU), der mir auch jenseits des Fachlichen mit Rat und Tat zur Seite stand. Zum Gelingen des Projekts maßgeblich beigetragen hat außerdem der Zuspruch meiner ehemaligen und aktuellen Lehrstuhlkolleginnen und -kollegen, von denen ich namentlich Herrn Sebastian Seidel hervorheben möchte. Für wertvolle Unterstützung beim Korrekturlesen danke ich Herrn Dr. Arian Nazari-Khanachayi, LL.M. Eur., für die hervorragende redaktionelle Betreuung Herrn Dr. Christian Eckl. Bei der Finalisierung der Druckfassung haben mich Frau Anna Weimann und Frau Lena Westphal tatkräftig unterstützt.

Dass meine Eltern Heike Jacobi-Kindt und Michael Kindt ebenfalls die Mühe des Korrekturlesens auf sich genommen haben, ist nur der jüngste Ausweis ihrer liebevollen Unterstützung, die sie mir mein Leben lang haben zuteilwerden lassen und für die in angemessener Weise zu danken Worte allein kaum ausreichen. In ähnlicher Weise gilt dies für meine Großeltern Wilma und Ernst Jacobi, die zuletzt sogar angeboten haben, eventuell verbliebene Druckkosten zu übernehmen. Danken möchte ich auch meinen Schwiegereltern Kristin Van der Meeren und Johannes Schoenmaekers für ihre vielfältige Hilfe in der Entstehungszeit der Arbeit. Meiner Frau Dr. Sophie Kindt und meinen Kindern Jule und Lorenz schließlich bin ich von Herzen dankbar, dass sie mein Leben auch und gerade außerhalb der wissenschaftlichen Studierstube jeden Tag so lebenswert machen.

Heidelberg, im April 2023

Torsten Kindt

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Problemaufriss und Erkenntnisinteresse	1
II. Gang und Methodik der Untersuchung	6
III. Forschungsstand und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands	9
Teil 1: Transnationale Ordnungsstrukturen im Finanzbereich	13
<i>§ 1 Die Emergenz transnationaler Ordnungsstrukturen im Finanzbereich</i>	14
I. Ausgangsproblem: Erwartungssicherheit in grenzüberschreitenden Transaktionen	14
II. Lösungsstrategien der Praxis: Das Beispiel grenzüberschreitender Finanzgeschäfte	35
III. Grenzüberschreitende Ordnungsregime als Erscheinungsformen transnationalen Rechts?	94
<i>§ 2 Die Rolle des staatlichen Rechts in transnationalen Ordnungsstrukturen</i>	130
I. Realität der Einbeziehung staatlichen Rechts	130
II. Notwendigkeit der Einbeziehung staatlichen Rechts	132
III. Die Vorzüge einer Verbindung privater und staatlicher Lösungsstrategien	156
IV. Bedeutung im Wettbewerb der Rechtsordnungen	160
V. Zwischenergebnis	169

Teil 2: Privatrechtsdogmatische Rekonstruktion	171
§ 3 <i>Der Begriff des transnationalen Vertrages als Verarbeitungsvorschlag</i>	174
I. Idealtypische Möglichkeiten des Umgangs mit transnationalen Ordnungsstrukturen	175
II. Das Leitbild der responsiven Rechtsdogmatik	180
III. Der Begriff des transnationalen Vertrages	183
§ 4 <i>Transnationale Verträge im Kollisionsrecht</i>	187
I. Rechtswahlfreiheit als Scharnier zur transnationalen Ordnungsebene	188
II. Die (Nicht-)Wählbarkeit transnationaler Musterdokumente als Vertragsstatut	193
III. Möglichkeiten einer responsiven kollisionsrechtlichen Verarbeitung <i>de lege lata</i>	205
IV. Zwischenergebnis	258
§ 5 <i>Transnationale Verträge im materiellen Vertragsrecht</i>	261
I. Vertragsfreiheit als Scharnier zur transnationalen Ordnungsebene	262
II. Anforderungen an den Vertragsschluss	262
III. Bestimmung des Vertragsinhalts	265
IV. Begrenzungen der Vertragsfreiheit	283
V. Zwischenergebnis	314
§ 6 <i>Transnationale Verträge im Internationalen Zivilverfahrensrecht</i>	317
I. Zuordnungsfreiheit als Scharnier zur transnationalen Ordnungsebene	318
II. Staatliche Gerichtsbarkeit	319
III. Private Schiedsgerichtsbarkeit	402
Schluss	435
I. Zusammenfassung	435
II. Ausblick	456
Literaturverzeichnis	459
Rechtsprechungsverzeichnis	509
Sachverzeichnis	519

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis	XVII
Einleitung	1
I. Problemaufriss und Erkenntnisinteresse	1
II. Gang und Methodik der Untersuchung	6
III. Forschungsstand und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands . .	9
Teil 1: Transnationale Ordnungsstrukturen im Finanzbereich	13
<i>§ 1 Die Emergenz transnationaler Ordnungsstrukturen im Finanzbereich</i>	14
I. Ausgangsproblem: Erwartungssicherheit in grenzüberschreitenden Transaktionen	14
1. Die transaktionsermöglichende Rolle des Privatrechts im Wirtschaftssystem	15
2. Die Unsicherheitsproblematik grenzüberschreitender Transaktionen	17
3. Staatliche Ordnungsstrategien	20
a) Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht	20
b) Internationale Rechtsvereinheitlichung und -harmonisierung . .	25
4. Private Ordnungsstrategien	30
II. Lösungsstrategien der Praxis: Das Beispiel grenzüberschreitender Finanzgeschäfte	35
1. Dokumentenakkreditive und die Einheitlichen Richtlinien und Gebräuche der ICC	36
a) Wirtschaftliche Funktion und vertragliche Ausgestaltung	37
b) Das grenzüberschreitende Ordnungsregime der Dokumentenakkreditive	40
aa) Die ICC als institutionelles Zentrum: Zielsetzung und Organisationsstruktur	41

bb) Musterdokumente als primäres Handlungsinstrument	43
cc) Genese der Musterdokumente	44
dd) Begleitinstrumente und -mechanismen	46
2. Konsortialkredite und die Musterverträge der LMA	48
a) Wirtschaftliche Funktion und vertragliche Ausgestaltung	49
b) Das grenzüberschreitende Ordnungsregime der Konsortialkredite	52
aa) Die LMA als institutionelles Zentrum: Zielsetzung und	
Organisationsstruktur	53
bb) Musterdokumente als primäres Handlungsinstrument	55
cc) Genese der Musterdokumente	56
dd) Begleitinstrumente und -mechanismen	57
3. Kreditderivate und die Musterverträge der ISDA	58
a) Wirtschaftliche Funktion und vertragliche Ausgestaltung	61
b) Das grenzüberschreitende Ordnungsregime der Kreditderivate	63
aa) Die ISDA als institutionelles Zentrum: Zielsetzung und	
Organisationsstruktur	63
bb) Musterdokumente als primäres Handlungsinstrument	65
cc) Genese der Musterdokumente	69
dd) Begleitinstrumente und -mechanismen	70
4. Gemeinsame Elemente der untersuchten Finanzgeschäfte	75
a) Typischerweise grenzüberschreitender Kontext	75
b) Zweck der Reduzierung von Transaktionsrisiken	76
c) Entstehung und Fortentwicklung in der Finanz- und	
Kautelarpraxis	77
d) Professionalität, Homogenität und Vernetzung der Beteiligten	77
e) Einbindung in mehrpolige und mehrgliedrige	
Vertragsbeziehungen	78
5. Gemeinsame Elemente der untersuchten Ordnungsregime	79
a) Akteure	80
b) Handlungsformen	80
aa) Musterdokumente	81
bb) Begleitinstrumente und -mechanismen	81
c) Erfolgsfaktoren	82
aa) Freiwilligkeit und sozial-faktische Akzeptanz	82
bb) Bedarfsgerechtigkeit und Qualität	83
cc) Flexibilität	85
dd) Beteiligungsmöglichkeiten und bereichsspezifische	
Repräsentativität	87
ee) Kosteneffizienz	88
ff) Positive Netzwerkeffekte	90

gg) Verhandlungs- und gruppenpsychologische Effekte	92
6. Zwischenergebnis	93
III. Grenzüberschreitende Ordnungsregime als Erscheinungsformen	
transnationalen Rechts?	94
1. Normcharakter	95
2. Rechtscharakter	96
a) Rechtsquellen: Rechtsetatismus vs. Rechtspluralismus	98
b) Rechtsinhalt: Deskriptive vs. normative Rechtstheorien	106
c) Erkenntnistheoretischer Ausweg: Systemtheorie und relativer Rechtsbegriff	108
d) Anwendung: Relative Rechtsqualität der grenzüberschreitenden Ordnungsregime	115
aa) Elemente der Hierarchisierung	116
bb) Elemente der Temporalisierung	119
cc) Elemente der Externalisierung	120
3. Transnationaler Charakter	123
4. Zwischenergebnis	129
<i>§ 2 Die Rolle des staatlichen Rechts in transnationalen Ordnungsstrukturen</i>	130
I. Realität der Einbeziehung staatlichen Rechts	130
II. Notwendigkeit der Einbeziehung staatlichen Rechts	132
1. Unbestimmtheit?	133
2. Fragmentierung?	133
3. Unvollständigkeit	134
4. Eingeschränkte Verbindlich- und Durchsetzbarkeit	137
5. Negative Netzwerkeffekte	138
6. Legitimation	140
a) Relevanz	140
b) Maßstab	141
aa) Zustimmung der Regelungsadressaten als Ausgangspunkt	145
bb) Gruppenrichtigkeit als Korrektiv nach innen	145
cc) Gesamtgesellschaftliche Rückbindung als Korrektiv nach außen	148
(1) Transnationale Wiederkehr der bürgerlichen Gesellschaft und ihres Rechts?	148
(2) Entgegensetzung eines transnationalen öffentlichen Rechts?	151
(3) Komplementäre Selbst- und Fremdkonstitutionalisierung als Ausweg	153

III. Die Vorzüge einer Verbindung privater und staatlicher Lösungsstrategien	156
1. Wechselseitige Kompensation von Defiziten	156
2. Nutzung gesellschaftlicher Wissensverteilung und Gesellschaftsadäquanz des Rechts	158
IV. Bedeutung im Wettbewerb der Rechtsordnungen	160
1. Empirische Dimension	162
a) Nachfrageseite	162
b) Angebotsseite	164
2. Normative Dimension	168
V. Zwischenergebnis	169
 Teil 2: Privatrechtsdogmatische Rekonstruktion	 171
<i>§ 3 Der Begriff des transnationalen Vertrages als Verarbeitungsvorschlag</i>	174
I. Idealtypische Möglichkeiten des Umgangs mit transnationalen Ordnungsstrukturen	175
1. Gleichordnung	175
2. Einordnung	175
3. Ausschluss	178
4. Grenzen der allgemeinen Typisierung	178
II. Das Leitbild der responsiven Rechtsdogmatik	180
III. Der Begriff des transnationalen Vertrages	183
1. Privatrechtlicher Vertrag	184
2. Objektive Komponente	184
3. Subjektive Komponente	185
4. Rechtsfolgen	185
 <i>§ 4 Transnationale Verträge im Kollisionsrecht</i>	 187
I. Rechtswahlfreiheit als Scharnier zur transnationalen Ordnungsebene	188
II. Die (Nicht-)Wählbarkeit transnationaler Musterdokumente als Vertragsstatut	193
1. Allgemein	193
2. Im Anwendungsbereich der Rom I-VO	195
III. Möglichkeiten einer responsiven kollisionsrechtlichen Verarbeitung <i>de lege lata</i>	205
1. Eröffnung des Anwendungsbereichs der Rom I-VO	206
a) Vertragliche Schuldverhältnisse in Zivil- und Handelssachen	206
b) Verbindung zum Recht verschiedener Staaten	207
c) Bereichsausnahmen	209

2. Anforderungen an die Rechtswahl	214
a) Erklärung	214
b) Wirksamkeitsvoraussetzungen	217
3. Begrenzungen der Rechtswahlfreiheit	219
a) Wählbarkeitsbeschränkungen	219
aa) Begrenzung auf staatliches Recht	220
bb) Begrenzung auf das Recht räumlich verbundener Staaten?	220
cc) Begrenzung auf geltendes Recht	221
b) Wirkungsbeschränkungen	223
aa) Inlands- und Binnenmarktsachverhalte	223
(1) Inlandssachverhalte	223
(2) Binnenmarktsachverhalte	233
bb) Spezielle Sonderanknüpfungen und Bereichseinschränkungen	235
cc) Eingriffsnormen	240
dd) <i>Ordre public</i> -Kontrolle	251
4. Die Auffangordnung der objektiven Anknüpfungen	255
a) Einfügung in gesetzliches Leitbild oder Bestimmung der charakteristischen Leistung	255
b) Korrektiv der offensichtlich engeren oder engsten Verbindung	257
IV. Zwischenergebnis	258
<i>§ 5 Transnationale Verträge im materiellen Vertragsrecht</i>	<i>261</i>
I. Vertragsfreiheit als Scharnier zur transnationalen Ordnungsebene	262
II. Anforderungen an den Vertragsschluss	262
III. Bestimmung des Vertragsinhalts	265
1. Vertragsauslegung	268
2. Lückenschließung und Verhältnis zum dispositiven Recht	275
3. Ausfüllung von offenen Rechtsbegriffen, insbesondere Verhaltensmaßstäben	280
4. Verhältnis zum Handelsgewohnheitsrecht	282
IV. Begrenzungen der Vertragsfreiheit	283
1. AGB-Kontrolle	283
a) Anwendungsbereich	286
aa) Vorliegen von AGB	287
(1) Vorformulierung für eine Vielzahl von Verträgen	287
(2) Stellen durch einen Verwender	287
bb) Bereichsausnahmen	290
b) Einbeziehungskontrolle	292
c) Inhaltskontrolle	293

aa) Ausnahme wegen zentraler Herausgeberinstanz?	294
bb) Mögliche Beschränkung auf Transparenzkontrolle	295
cc) Maßstab der Inhaltskontrolle im Übrigen	301
2. Zwingendes Recht	308
a) Spezielle gesetzliche Ge- und Verbotsvorschriften	308
b) Generalklauseln	311
V. Zwischenergebnis	314
§ 6 <i>Transnationale Verträge im Internationalen Zivilverfahrensrecht</i>	317
I. Zuordnungsfreiheit als Scharnier zur transnationalen Ordnungsebene	318
II. Staatliche Gerichtsbarkeit	319
1. Internationale Zuständigkeit im Erkenntnisverfahren	319
a) Gerichtsstandsvereinbarung	320
aa) Brüssel Ia-VO	321
(1) Anwendungsbereich	321
(a) Zivil- und Handelssachen	321
(b) Grenzüberschreitender Bezug	321
(c) Bereichsausnahmen	325
(d) Räumlich-personeller Anwendungsbereich	327
(2) Anforderungen an das Zustandekommen	333
(a) Gegenstand	333
(b) Bestimmtheit	334
(c) Form	335
(d) Materiellrechtliche Wirksamkeit	339
(aa) Anwendbares Recht	339
(bb) Anwendungsmaßgaben	343
(3) Begrenzungen der Zuordnungsfreiheit	348
(a) Schutz schwächerer Parteien	348
(b) Ausschließliche Gerichtsstände	350
(c) Eingriffsnormen und <i>ordre public</i> ?	354
(d) Allgemeine Missbrauchskontrolle?	358
bb) LugÜ	359
cc) HGÜ	361
(1) Anwendungsbereich	361
(2) Anforderungen an das Zustandekommen	363
(3) Begrenzungen der Zuordnungsfreiheit	365
dd) ZPO	366
(1) Anwendungsbereich	367
(2) Anforderungen an das Zustandekommen	367
(a) Gegenstand	367

(b) Bestimmtheit	368
(c) Form	368
(d) Materielle rechtliche Wirksamkeit	369
(3) Begrenzungen der Zuordnungsfreiheit	372
(a) Einschränkungen der Prorogationsbefugnis	372
(b) Ausschließlicher oder fehlender Inlandsbezug?	373
(c) Nichtvermögensrechtliche Streitigkeiten und ausschließliche Gerichtsstände	374
(d) Eingriffsnormen und <i>ordre public</i>	375
(e) Allgemeine Missbrauchskontrolle?	380
b) Objektive Gerichtsstände	380
aa) Brüssel Ia-VO	380
bb) LugÜ	381
cc) ZPO	382
c) Beachtung ausländischer Rechtshängigkeit	383
2. Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Gerichtsentscheidungen	384
a) Brüssel Ia-VO	385
aa) Anwendungsbereich	385
bb) Anerkennung	385
cc) Vollstreckung	387
dd) Versagungsgründe	387
(1) Verstoß gegen den <i>ordre public</i>	388
(2) Fehlende internationale Zuständigkeit	390
b) LugÜ	393
c) HGÜ	393
d) Sonstige völkerrechtliche Verträge	394
e) ZPO	395
aa) Anerkennung	395
bb) Vollstreckung	396
cc) Versagungsgründe	396
(1) Verstoß gegen den <i>ordre public</i>	397
(2) Fehlende internationale Zuständigkeit	398
(3) Gegenseitigkeitserfordernis	400
3. Zwischenergebnis	400
III. Private Schiedsgerichtsbarkeit	402
1. Autonomie der Schiedsgerichtsbarkeit und Rückbindung an das staatliche Recht	403
2. Prüfung der Zuständigkeit in der Einredesituation	406
a) Vorliegen einer Schiedsvereinbarung	407

b) Anforderungen an das Zustandekommen	408
aa) Bestimmtheit	408
bb) Form	408
(1) Bei deutschem Schiedsort	409
(2) Bei ausländischem Schiedsort	410
cc) Materiellrechtliche Wirksamkeit	412
(1) Anwendbares Recht	412
(2) Anwendungsmaßgaben	414
c) Begrenzungen der Zuordnungsfreiheit	416
aa) Objektive Schiedsfähigkeit	416
(1) Anwendbares Recht	417
(2) Anwendungsmaßgaben	418
bb) Subjektive Schiedsfähigkeit	419
cc) Eingriffsnormen und <i>ordre public</i>	422
3. Anerkennung, Vollstreckung und Aufhebung von privaten Schiedssprüchen	426
a) Abgrenzung zwischen inländischen und ausländischen Schiedssprüchen	426
b) Anerkennung	427
c) Vollstreckung	428
d) Aufhebung	428
e) Versagungsgründe	428
aa) Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung	429
bb) Fehlen der objektiven Schiedsfähigkeit	430
cc) Verstoß gegen den <i>ordre public</i>	430
4. Zwischenergebnis	433
 Schluss	 435
I. Zusammenfassung	435
II. Ausblick	456
 Literaturverzeichnis	 459
Rechtsprechungsverzeichnis	509
Sachverzeichnis	519

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	andere/r Ansicht
AAA	American Arbitration Association
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft(en)/Union
Abs.	Absatz
Acad. Manag. J.	Academy of Management Journal
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a. E.	am Ende
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft / Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AktG	Aktiengesetz
ALMA	African Loan Market Association
Am. Econ. Rev.	American Economic Review
Am. J. Comp. L.	American Journal of Comparative Law
Am. J. Juris.	American Journal of Jurisprudence
Am. J. Sociol.	American Journal of Sociology
Am. L. Rev.	American Law Review
Am. Soc. Rev.	American Sociological Review
Ann. Rev. Law Soc. Sci.	Annual Review of Law and Social Science
Ann. Surv. Int'l & Comp. L.	Annual Survey of International & Comparative Law
AnwBl	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
APLMA	Asia Pacific Loan Market Association
Arb. Int'l	Arbitration International
Archives phil. dr.	Archives de la philosophie du droit
ArchSozWiss	Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Art.	Artikel
ASIL Proceedings	Proceedings of the American Society of International Law
Aufl.	Auflage
AVAG	Anerkennungs- und Vollstreckungsausführungsgesetz
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts
BB	Betriebs-Berater
BDGVR	Berichte der Deutschen Gesellschaft für Völkerrecht
BeckOGK	Beck'scher Online-Großkommentar

BeckOK	Beck'scher Online-Kommentar
BeckRS	Beck-Rechtsprechung
Begr.	Begründer
Bell J. Econ.	Bell Journal of Economics and Management Science
Berkeley J. Int'l L.	Berkeley Journal of International Law
BFLR	Banking & Finance Law Review
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGE	Leitentscheide des Bundesgerichts (Schweiz)
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BJS	British Journal of Sociology
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
BörsG	Börsengesetz
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
Br. J. Sociol.	British Journal of Sociology
Brook. J. Int'l L.	Brooklyn Journal of International Law
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buff. L. Rev.	Buffalo Law Review
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzw.	beziehungsweise
Cal. L. Rev.	California Law Review
Cardozo L. Rev.	Cardozo Law Review
Cass.civ.	Cour de cassation, Chambre civile
Chi. J. Int'l L.	Chicago Journal of International Law
Chi.-Kent L. Rev.	Chicago-Kent Law Review
CIATEC	China International Economic and Trade Arbitration Commission
Cir.	Circuit
CISG	United Nations Convention on Contracts for the International Sale of Goods
CMLJ	Capital Markets Law Journal
Colum. Bus. L. Rev.	Columbia Business Law Review
Colum. J. Eur. L.	Columbia Journal of European Law
Colum. J. Transnat'l L.	Columbia Journal of Transnational Law
Colum. L. Rev.	Columbia Law Review
Conn. L. Rev.	Connecticut Law Review
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review
DB	Der Betrieb
DCFR	Draft Common Frame of Reference
d.h.	das heißt
DIS	Deutsche Institution für Schiedsgerichtsbarkeit
DOCDEX	Documentary Instruments Dispute Resolution Expertise
Duke J. Comp. & Int'l L.	Duke Journal of Comparative & International Law
Duke L. J.	Duke Law Journal
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht

EBLR	European Business Law Review
Ed.	Edition
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EJIL	European Journal of International Law
EJLR	European Journal of Law Reform
EJLS	European Journal of Legal Studies
ELJ	European Law Journal
Elon L. Rev.	Elon Law Review
ELR	Erasmus Law Review
Emory L. J.	Emory Law Journal
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
endg.	endgültig
ERA	Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive
ERAG	Einheitliche Richtlinien für auf Anfordern zahlbare Bankgarantien
ERCL	European Review of Contract Law
ERPL	European Review of Private Law
ESLJ	Entertainment and Sports Law Journal
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EuBagatellVO	Europäische Bagatellverfahrens-Verordnung
EuErbVO	Europäische Erbrechtsverordnung
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union
EuGüVO	Europäische Güterrechtsverordnung
EuGVO/EuGVVO	Europäische Gerichtsstands- und Vollstreckungsverordnung
EuGVÜ	Europäisches Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen
EuInsVO	Europäische Insolvenzverfahrens-Verordnung
EuMahnVO	Europäische Mahnverfahrens-Verordnung
EuPartVO	Europäische Partnerschaftsverordnung
EuÜ	Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuVTVO	Europäische Vollstreckungstitel-Verordnung
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWCA Civ	Court of Appeal (Civil Division)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWHC (Comm)	High Court of Justice (Commercial Court)
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f./ff.	folgende
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDRC	Financial Dispute Resolution Centre
Fla. St. U. Bus. L. Rev.	Florida State University Business Law Review
Fla. St. U. L. Rev.	Florida State University Law Review
Fn.	Fußnote

Fordham Int'l L. J.	Fordham International Law Journal
FS	Festschrift
Geo. L. J.	Georgetown Law Journal
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
GPR	Zeitschrift für das Privatrecht der Europäischen Union
GRCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
GroMiKV	Großkredit- und Millionenkreditverordnung
GS	Gedächtnisschrift
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen
Harv. Int'l L. J.	Harvard International Law Journal
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review
Harv. Negot. L. Rev.	Harvard Negotiation Law Review
HGB	Handelsgesetzbuch
HGÜ	Haager Übereinkommen über Gerichtsstandsvereinbarungen
HK-BGB	Handkommentar Bürgerliches Gesetzbuch
HK-ZPO	Handkommentar Zivilprozessordnung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
Hum. Relat.	Human Relations
IASB	International Accounting Standards Board
IBLJ	International Business Law Journal
ICANN	Internet Corporation for Assigned Names and Numbers
ICAO	International Civil Aviation Organization
ICC	International Chamber of Commerce
ICMA	International Capital Market Association
ICSID	International Centre for the Settlement of Investment Disputes
i. e. S.	im engeren Sinne
IFLR	International Financial Law Review
IHR	Internationales Handelsrecht
IMO	International Maritime Organization
Ind. J. Global Legal Stud.	Indiana Journal of Global Legal Studies
InsO	Insolvenzordnung
Int'l & Comp. L. Q.	International and Comparative Law Quarterly
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht (Schweiz)
i. S. d.	im Sinne des/der
ISDA	International Swaps and Derivatives Association
ISLA	International Securities Lending Association
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter
J. Abnorm. Psychol.	Journal of Abnormal and Social Psychology
JBf	Juristische Blätter
Jb. J. ZivRWiss	Jahrbuch junger Zivilrechtswissenschaftler

J. Bus. L.	Journal of Business Law
J.C.L.S.	Journal of Corporate Law Studies
J. Corp. L.	Journal of Corporation Law
JDI	Journal de droit international
J. Econ. Behav. Organ.	Journal of Economic Behavior and Organization
J. Empirical Legal Stud.	Journal of Empirical Legal Studies
J. Eur. Public Policy	Journal of European Public Policy
J. Int'l Arb.	Journal of International Arbitration
JITCL	UC Irvine Journal of International, Transnational, and Comparative Law
J. Law Soc.	Journal of Law and Society
J. L. & Econ.	Journal of Law and Economics
J. L. Econ. & Org.	Journal of Law, Economics & Organization
J. Legal Anal.	Journal of Legal Analysis
J. Legal Stud.	Journal of Legal Studies
JLP	Journal of Legal Pluralism and Unofficial Law
J. Political Econ.	Journal of Political Economy
J. Priv. Int'l L.	Journal of Private International Law
J. Risk Uncertain.	Journal of Risk and Uncertainty
JURA	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JW	Juristische Wochenschrift
JYIL	Japanese Yearbook of International Law
JZ	JuristenZeitung
KG	Kammergericht
KJ	Kritische Justiz
KWG	Kreditwesengesetz
Law & Contemp. Probs.	Law & Contemporary Problems
Law & Fin. Mkt. Rev.	Law and Financial Markets Review
Law & Pol'y Int'l Bus.	Law & Policy in International Business
Law & Soc'y Rev.	Law & Society Review
LG	Landgericht
LJIL	Leiden Journal of International Law
Lloyd's Rep.	Lloyd's Law Reports
LMA	Loan Market Association
LSTA	Loan Syndications and Trading Association
LugÜ	Lugano-Übereinkommen
m. Anm.	mit Anmerkung
MERCOSUR	Mercado Común del Sur
Mich. J. Int'l L.	Michigan Journal of International Law
Mich. L. Rev.	Michigan Law Review
MiFID	Finanzmarktrichtlinie
MiFIR	Finanzmarktverordnung
ML	Model Law
Mod. L. Rev.	Modern Law Review
MüKo	Münchener Kommentar
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
New Political Econ.	New Political Economy

n. F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungsreport
Notre Dame L. Rev.	Notre Dame Law Review
Nr.	Nummer
Nw. J. Int'l L. & Bus.	Northwestern Journal of International Law & Business
Nw. U. L. Rev.	Northwestern University Law Review
N.Y. Sup. Ct.	New York Supreme Court
N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review
NZBau	Neue Zeitschrift für Baurecht und Vergaberecht
OHADA	Organisation pour l'harmonisation en Afrique du droit des affaires
Ohio St. L. J.	Ohio State Law Journal
OLG	Oberlandesgericht
OLGR	OLG-Report
ORDO	Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft
Org. Behav. Hum. Decis. Process.	Organizational Behavior and Human Decision Processes
ors	others
OTC	over the counter
Pace L. Rev.	Pace Law Review
PECL	Principles of European Contract Law
Penn St. L. Rev.	Penn State Law Review
Popul. Dev. Rev.	Population and Development Review
P.R.I.M.E. Finance	Panel of Recognized International Market Experts in Finance
Q. J. Econ.	Quarterly Journal of Economics
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RAND J. Econ.	RAND Journal of Economics
RBFL	Review of Banking & Financial Law
RdC	Recueil des Cours
rev.	revidiert
Rev. Gen. Psychol.	Review of General Psychology
Rev. Financ. Stud.	Review of Financial Studies
Rg	Rechtsgeschichte (Zeitschrift)
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RJ	Rechtshistorisches Journal
Rn.	Randnummer(n)
Rs.	Rechtssache
Rutgers Univ. L. Rev.	Rutgers University Law Review
S.	Satz / Seite
SAG	Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen
San Diego Int'l L. J.	San Diego International Law Journal
S. Cal. Interdisc. L. J.	Southern California Interdisciplinary Law Journal

S. Cal. L. Rev.	Southern California Law Review
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren
Schmollers Jahrbuch	Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft des Deutschen Reiches
SchVG	Schuldverschreibungsgesetz
Sec.	Section
SEJ	Southern Economic Journal
SGHC	High Court of Singapore
sog.	sogenannte/n/r/s
SolvV	Solvabilitätsverordnung
SRM	Single Resolution Mechanism
Stan. J. Int'l L.	Stanford Journal of International Law
Stan. L. Rev.	Stanford Law Review
Tex. L. Rev.	Texas Law Review
Transnat'l Legal Theory	Transnational Legal Theory
TranspR	Transportrecht
Tulsa J. Comp. & Int'l L.	Tulsa Journal of Comparative & International Law
u. a.	und andere
UAbs.	Unterabsatz
UCC	Uniform Commercial Code
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review
U. Colo. L. Rev.	University of Colorado Law Review
UCP	Uniform Customs and Practice for Documentary Credits
UK	United Kingdom
UKHL	United Kingdom House of Lords Decisions
UNCITRAL	United Nations Commission on International Trade Law
UN Doc.	United Nations Document
UNIDROIT	Institute international pour l'unification du droit privé
Unif. L. Rev.	Uniform Law Review
UNÜ	New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche
U. Pa. L. Rev.	University of Pennsylvania Law Review
URDG	Uniform Rules for Demand Guarantees
Urt. v.	Urteil vom
U.S.	United States Supreme Court Reports
USA	United States of America
usw.	und so weiter
UWG	Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb
v./vs.	versus
Va. J. Int'l L.	Virginia Journal of International Law
Va. L. Rev.	Virginia Law Review
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review
vgl.	vergleiche
Vill. L. Rev.	Villanova Law Review
VO	Verordnung
VOB/B	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil B

VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der deutschen Staatsrechtslehrer
Wash. U. L. Rev.	Washington University Law Review
Wayne L. Rev.	Wayne Law Review
Willamette L. Rev.	Willamette Law Review
WIPO	World Intellectual Property Organization
Wis. L. Rev.	Wisconsin Law Review
WiSt	Wirtschaftswissenschaftliches Studium
WM	Wertpapier-Mitteilungen
Wm. & Mary L. Rev.	William & Mary Law Review
WpHG	Wertpapierhandelsgesetz
WpHR	Wertpapierhandelsrecht
WVK	Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge
Yale J. Int'l L.	Yale Journal of International Law
Yale J. on Reg.	Yale Journal on Regulation
Yale L. J.	Yale Law Journal
Yale L. & Pol'y Rev.	Yale Law & Policy Review
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
z. B.	zum Beispiel
ZBB	Zeitschrift für Bankrecht und Bankwirtschaft
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZfRSoz	Zeitschrift für Rechtssoziologie
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZGS	Zeitschrift für das gesamte Schuldrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert als
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRG-GA	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für Schweizerisches Recht
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft
ZWeR	Zeitschrift für Wettbewerbsrecht
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess
ZZP Int.	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einleitung

„In any case, let us have no illusions: the lawyer’s idea to submit international trade, in every case, to one or more national systems of law is nothing but bluff. The practical men have very largely freed themselves from it, by means of standard contracts and arbitration, and states will be abandoning neither sovereignty nor prerogatives if they open their eyes to reality [...]“¹

René David

„Wenn es nach alledem [die] *lex mercatoria* überhaupt nicht gibt, dann folgt daraus notgedrungen, daß sie keinem Gericht als Entscheidungsgrundlage zur Verfügung steht, und zwar unabhängig davon, ob es sich um ein staatliches oder um ein *privates* (Schieds-)Gericht handelt [...]. [E]twas, das nicht existiert, lässt sich auch nicht dadurch schaffen, daß man ihm einen Namen gibt.“²

Christian von Bar/Peter Mankowski

I. Problemaufriss und Erkenntnisinteresse

Der normative Rahmen des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs wird in zunehmendem Maße durch Ordnungsstrukturen bestimmt, in deren Zentrum private Akteure stehen. Dies gilt im Besonderen für den Finanzbereich.³ So werden beispielsweise die Vorgaben für die vertragliche Handhabung des häufig zur Außenhandelsfinanzierung eingesetzten Dokumentenakkreditivs nicht etwa im Deutschen Bundestag ausgehandelt, sondern in der Bankenkommission der *International Chamber of Commerce* (ICC) in Paris.⁴ *De facto* als verbindlich angesehene Leitlinien der Ausgestaltung internationaler Konsortialkredite entstehen in

¹ *David*, *The International Unification of Private Law* (1971), 212.

² *von Bar/Mankowski*, *Internationales Privatrecht*, Band I (2. Aufl. 2003), § 2, Rn. 77.

³ Zu dieser Entwicklung *Benjamin/Rouch*, *Law & Fin. Mkt. Rev.* 2 (2008), 78, 79 ff.; *Köndgen*, in: *Calliess* (Hrsg.), *Transnationales Recht* (2014), 277, 280 ff.

⁴ Zu diesem Beispiel insbesondere *Levit*, *Yale J. Int’l L.* 30 (2005), 125, 133 ff.; *Levit*, *Emory L. J.* 57 (2008), 1147, 1165 ff.; ferner *Snyder*, *Ohio St. L. J.* 64 (2003), 371, 389 ff.; *Maurer*, *Lex Maritima* (2012), 46 f., 52 ff.; *Köndgen*, in: *Calliess* (Hrsg.), *Transnationales Recht* (2014), 277, 280 f.; *Goode/Kronke/McKendrick*, *Transnational Commercial Law* (2. Aufl. 2015), 324 ff.; *Jarass*, *Privates Einheitsrecht* (2019), 156 ff. Ausführlich unten § 1 II. 1. (S. 36 ff.).

der Londoner Zentrale der *Loan Market Association* (LMA), nicht im nur wenige Kilometer entfernten Westminster Palace, dem Sitz des Parlaments des Vereinigten Königreichs.⁵ Marktbeteiligte des außerbörslichen Derivatehandels vertrauen untereinander im Zweifel eher auf Regelungsmaßgaben der *International Swaps and Derivatives Association* (ISDA) in New York als auf solche aus dem US-Kapitol in Washington D.C. oder dem Kapitol des Bundesstaates New York in Albany.⁶ Die Aufzählung könnte nahezu beliebig fortgeführt werden.⁷

Das an diesen Beispielen zu beobachtende Phänomen fügt sich in eine gesellschaftliche Entwicklung ein, die *Max Weber* schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts als „Dezentralisation der Rechtsschöpfung“ beschrieben hat,⁸ welche nun aber unter dem Brennglas der Globalisierung noch deutlicher erkennbar wird:⁹ Durch die von *Niklas Luhmann* als unumkehrbarer „Sündenfall“ der Moderne diagnostizierte funktionale Ausdifferenzierung sozialer Systeme¹⁰ wird die einheitsstiftende Semantik des Nationalstaates in zahlreichen Gesellschaftsbereichen überlagert¹¹ und treten neben den Staat weitere Akteure, die bereichsspezifische Verhaltensregeln setzen, interpretieren sowie durchsetzen und so das komplexe

⁵ Zu diesem Beispiel insbesondere *Estevan de Quesada/Renner*, ERCL 13 (2017), 164, 176 ff.; ferner *Köndgen*, in: Calliess (Hrsg.), Transnationales Recht (2014), 277, 281 f. Neben der für den europäischen und afrikanischen Markt maßgeblichen LMA sind in diesem Bereich auch deren nordamerikanische Schwesterorganisation *Loan Syndications and Trading Association* (LSTA) sowie das asiatische Pendant *Asia Pacific Loan Market Association* (APLMA) zu nennen, welche ihre Aktivitäten jeweils eng auf diejenigen der LMA abstimmen. Ausführlich unten § 1 II. 2. (S. 48 ff.).

⁶ Zu diesem Beispiel insbesondere *C. Baker*, Notre Dame L. Rev. 85 (2010), 1287, 1359 ff.; *Braithwaite*, Mod. L. Rev. 75 (2012), 779, 783 ff.; *Horst*, AVR 53 (2015), 461 ff.; *Horst*, Transnationale Rechtserzeugung (2019), 10 ff.; ferner *Wielsch*, in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution (2013), 71, 85 ff; *Collins*, in: Grundmann/Möslein/Riesenhuber (Hrsg.), Contract Governance (2015), 383, 392 ff. Ausführlich unten § 1 II. 3. (S. 58 ff.).

⁷ So orientieren sich etwa Emissionen grenzüberschreitend gehandelter Unternehmensanleihen zunehmend an den Mustern der in Zürich ansässigen *International Capital Market Association* (ICMA), Wertpapierleihen an denjenigen der Londoner *International Securities Lending Association* (ISLA). Weitere Beispiele bei *de Ly*, in: Ferrari (Hrsg.), The Unification of International Commercial Law (1998), 59, 61 ff.

⁸ *Weber*, Wirtschaft und Gesellschaft (5. Aufl. 1972), 439 f. (in der Originalpaginierung 455 f.), unter Bezugnahme auf *Andreas Voigt*.

⁹ *Vesting*, JURA 2001, 299, 304.

¹⁰ *Luhmann*, Soziale Systeme (1987), 328; *Luhmann*, Die Wirtschaft der Gesellschaft (1988), 344.

¹¹ *Calliess/Renner*, in: Hartmann/Offe (Hrsg.), Politische Theorie und Politische Philosophie (2010), 172, 173; *Maurer/Renner*, in: ARSP-Beiheft 125 (2010), 207; vgl. auch *Rupp*, in: Isensee/P. Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Band II (3. Aufl. 2004), 879, 925 f.

normative Gerüst gesellschaftlicher Interaktionen mitgestalten.¹² Gerade im Wirtschaftsleben, welches seit jeher Vorreiter der Globalisierung ist,¹³ wird dies mittlerweile so offensichtlich, dass sich, um mit *Webers* akademischem Lehrer *Levin Goldschmidt* zu sprechen, „nicht vornehm ignorieren [lässt], was auf Schritt und Tritt begegnet, und jeden Denkenden zum Nachdenken anregt“.¹⁴

Dieser empirisch unstrittige Befund hat eine Gretchenfrage aufgeworfen, die in der Privatrechtswissenschaft wie kaum eine andere Debatte in den letzten Jahrzehnten zu tiefgreifenden Meinungs-, ja Glaubensdivergenzen geführt hat.¹⁵ Existiert ein „Recht jenseits des Staates“?¹⁶ Nach konventioneller und jedenfalls im deutschsprachigen Schrifttum noch immer vorherrschender Ansicht – exemplifiziert durch das einleitend angeführte Zitat *Christian von Bars* und *Peter Mankowskis* – handelt es sich hierbei um etwas, das es „überhaupt nicht gibt“ und das man deshalb auch durch schillernde Begriffsschöpfungen wie *lex mercatoria* nicht einfach herbeireden, geschweige denn zur Grundlage juristischer Entscheidungen machen könne.¹⁷ Darin spiegelt sich die gerade unter kontinental-europäischen Juristen¹⁸ tief verwurzelte Überzeugung wider, dass die Schöpfung und Durchsetzung von Recht zur exklusiven Domäne des durch Gebiet, Volk und Hoheitsgewalt definierten Nationalstaates gehöre, auf dessen souveränitätsbasiertes Rechtsetzungsmonopol letztlich auch die Verbindlichkeit sämtlicher Gestaltungsformen des Privatrechts zurückzuführen sei.¹⁹

¹² Allgemein *Fischer-Lescano/Teubner*, Regime-Kollisionen (2006), 8 f., 25 f.; speziell für den Wirtschaftsbereich *Linarelli*, in: P. Berman (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Global Legal Pluralism* (2020), 689, 702 ff.

¹³ Vgl. *Berger*, in: Bierbaum (Hrsg.), *So investiert die Welt* (2008), 33; *Berger*, *The Creeping Codification of the New Lex Mercatoria* (2. Aufl. 2010), 8; speziell zum Finanzbereich *Köndgen*, in: *Calliess* (Hrsg.), *Transnationales Recht* (2014), 277, 280. Vgl. auch schon *Radbruch*, *Einführung in die Rechtswissenschaft* (12. Aufl. 1969), 114: „Der Handel kennt keine Landesgrenzen, wie der Individualismus will er nichts gelten lassen als den Weltbürger und den Weltmarkt.“

¹⁴ *Goldschmidt*, *ZHR* 1 (1858), 1.

¹⁵ Zur Metapher des „Glaubenskrieges“ *U. Stein*, *Lex mercatoria* (1995), 6; *Teubner*, *RJ* 15 (1996), 255, 264.

¹⁶ Siehe hierzu etwa die Beiträge in *Jansen/Michaels* (Hrsg.), *Beyond the State* (2008).

¹⁷ *von Bar/Mankowski*, *Internationales Privatrecht*, Band I (2. Aufl. 2003), § 2, Rn. 77.

¹⁸ Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in dieser Arbeit für Personenbezeichnungen, soweit geschlechtsneutrale Formulierungen nicht möglich sind, das generische Maskulinum verwendet. Gemeint und angesprochen sind jedoch ausdrücklich immer alle Geschlechter.

¹⁹ Repräsentativ für diese Sichtweise etwa *P. Kirchhof*, in: *FS Schambeck* (1994), 947, 951; *Augsberg*, *Rechtsetzung zwischen Staat und Gesellschaft* (2003), 26 ff., 32 f.; speziell für das Privatrecht *von Bar/Mankowski*, *Internationales Privatrecht*, Band I (2. Aufl. 2003), § 2, Rn. 75 ff.; *Kegel/Schurig*, *Internationales Privatrecht* (9. Aufl. 2004), 127; im Ergebnis auch *G. Bachmann*, in: *Bumke/Röthel* (Hrsg.), *Privates Recht* (2012), 207, 209 ff., 217. Weiterführend

Demgegenüber halten Anhänger pluralistischer Rechtskonzeptionen – wie der ebenfalls eingangs zitierte *René David* – die Vorstellung, dass das Recht des grenzüberschreitenden Wirtschaftsverkehrs an nationalstaatliche Rechtsordnungen rückgebunden sei, nurmehr für eine bloße „Illusion“.²⁰ Da die mit dem völkerrechtlichen Souveränitätsprinzip verbundene Territorialbindung des staatlichen Rechts zu einer Fülle räumlich begrenzter und nicht oder nur unzureichend aufeinander abgestimmter staatlicher Rechtsregeln führe,²¹ hätten sich die privaten Akteure des Wirtschaftsverkehrs längst ihr eigenes, vom staatlichen Recht losgelöstes Rechtssystem geschaffen.²²

Folge dieser scheinbar unvereinbaren Prämissen ist das weitgehende Ausbleiben eines fruchtbringenden wissenschaftlichen Dialogs zwischen beiden Meinungslagern: Während Befürworter eines staatsbezogenen Rechtsverständnisses die „auf Schritt und Tritt begegnende“ Emergenz grenzüberschreitender Ordnungsstrukturen jenseits des Staates als bestenfalls soziologisches, juristisch jedoch irrelevantes Phänomen abtun, interessieren sich Vertreter pluralistisch ausgerichteter Rechtstheorien in den betroffenen Sachgebieten kaum mehr für Regeln und Dogmatik einzelner nationalstaatlicher Rechtsordnungen.²³

Der empirische Blick auf konkrete Einzelbeispiele grenzüberschreitender Ordnung zeigt indes, dass beide Herangehensweisen zu kurz greifen. Schon in *Webers* Modell der dezentralen Rechtsschöpfung war es nicht die gesellschaftliche Praxis allein, die rechtliche Normen erzeugt, sondern ihr selektives Zusammenspiel mit staatlichen Organen.²⁴ Und auch die angeführten, von ICC, LMA,

der historisch-vergleichender Überblick zum Verhältnis von Staat und Privatrecht bei *Jansen/Michaels*, in: *Jansen/Michaels* (Hrsg.), *Beyond the State* (2008), 15 ff.

²⁰ *David*, *The International Unification of Private Law* (1971), 212; vgl. auch *Goldštajn*, *J. Bus. L.* 12 (1961), 12.

²¹ Vgl. *Berger*, *The Creeping Codification of the New Lex Mercatoria* (2. Aufl. 2010), 19 f.; *Mugasha*, *BFLR* 26 (2011), 381, 385.

²² Überblick zu Entwicklung und Vertretern dieser Sichtweise bei *Berger*, in: *Berger* (Hrsg.), *The Practice of Transnational Law* (2001), 1 ff. Schon 1929 hatte *Hans Großmann-Doerth* eine solche Entwicklung und eine damit verbundene „Juristendämmerung“ prophezeit; siehe *Großmann-Doerth*, *JW* 58 (1929), 3447, 3451; ähnlich auch *Rabel*, *Das Recht des Warenkaufs*, Band 1 (1936), 36.

²³ Siehe hierzu den Überblick zum Forschungsstand unter III. (S. 9 ff.) dieser Einleitung.

²⁴ *Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft* (5. Aufl. 1972), 441 ff. (in der Originalpaginierung 397 ff.). Nach *Weber* hätten vor allem Gerichte die Aufgabe, die gesellschaftlichen Normen zu selektieren und dadurch zu rationalisieren. Dieser Ansatz wurde später wirkmächtig von *Robert Cover* aufgegriffen; siehe *Cover*, *Harv. L. Rev.* 97 (1983), 4 ff. Laut *Cover* werden rechtliche Normen und deren Bedeutung zwar in kollektiven sozialen Prozessen, also innerhalb der Gesellschaft ausgehandelt (*jurisgenesis*). Staatlichen Gerichten komme aber die Aufgabe zu, durch autoritative Entscheidungen die Vielfalt gesellschaftlich erzeugter Normen einzuhegen und für eine einheitliche Normgeltung zu sorgen.

ISDA und vergleichbaren privaten Organisationen orchestrierten bereichsspezifischen Ordnungsarrangements des grenzüberschreitenden Finanz- und Wirtschaftsverkehrs bleiben bei genauerem Hinsehen – trotz durchaus vorhandener Emanzipationstendenzen – in vielerlei Hinsicht mit dem staatlichen Recht verwoben.²⁵ Dies bedeutet zwar keineswegs, dass sich ihre rechtliche Bedeutung ausschließlich und vollumfänglich aus dem staatlichen Recht ableiten ließe.²⁶ Es verdeutlicht aber, dass das staatliche Recht einen bislang unerlässlichen Bestandteil dieser grenzüberschreitenden Ordnungsstrukturen bildet, dem sowohl Ermöglichungs- als auch Begrenzungsfunktionen zukommen.²⁷

Um diese komplementären Funktionen wirksam ausfüllen zu können, muss eine staatliche Rechtsordnung allerdings in der Lage sein, grenzüberschreitende Ordnungszusammenhänge zu erkennen und adäquat zu verarbeiten.²⁸ Eine Schlüsselfunktion kommt hierbei der Rechtsdogmatik zu, deren Kernaufgabe seit jeher darin besteht, neue gesellschaftliche Praktiken zu systematisieren und unter Bezugnahme auf das verbindliche Normenmaterial des geltenden staatlichen Rechts in geeigneten Begriffen und Kategorien handhabbar zu machen.²⁹ Aus Sicht des mit Ordnungsphänomenen der besagten Art konfrontierten Rechtsanwenders fällt es bislang jedoch – wie insbesondere die einschlägige Rechtsprechung staatlicher Gerichte offenbart – überaus schwer, die oftmals eher erspürten als klar umrissenen grenzüberschreitenden Zusammenhänge in das bestehende dogmatische Korsett der heimischen Rechtsordnung einzuordnen.³⁰

²⁵ Vgl. speziell zum Finanzbereich insbesondere *Benjamin/Rouch*, Law & Fin. Mkt. Rev. 2 (2008), 78, 80; ferner *Dalhuisen*, Berkeley J. Int'l L. 24 (2006), 129, 134, 188; allgemein *Halliday/Shaffer*; in: Halliday/Shaffer (Hrsg.), Transnational Legal Orders (2015), 3, 13; *Michaels*, JITCL 1 (2017), 141, 147 ff.

²⁶ In diese Richtung aber von *Bar/Mankowski*, Internationales Privatrecht, Band I (2. Aufl. 2003), § 2, Rn. 72 ff.

²⁷ Vgl. zur Unterscheidung dieser Funktionen des (Privat-)Rechts *Calliess*, in: Gessner (Hrsg.), Contractual Certainty in International Trade (2008), 215, 218 f.; *Calliess/Zumbansen*, Rough Consensus and Running Code (2010), 97; *G. Wagner*, in: Blaurock/Hager (Hrsg.), Obligationenrecht im 21. Jahrhundert (2010), 13, 14 f. Zur Ermöglichungsfunktion des Privatrechts *Böhm*, ORDO 17 (1966), 75, 91 f.; *G. Bachmann*, Private Ordnung (2006), 73 ff.; *Grundmann*, ERPL 6 (2010), 1055, 1063 ff.; *Hellgardt*, Regulierung und Privatrecht (2016), 56 ff. Zur Begrenzungsfunktion des Privatrechts *Collins*, Regulating Contracts (1999), 31 ff.; *G. Wagner*, AcP 206 (2006), 352, 422 ff.; *Fornasier*, Freier Markt und zwingendes Vertragsrecht (2013), 65 ff.; *Hellgardt*, Regulierung und Privatrecht (2016), 50 ff.

²⁸ Vgl. *Wielsch*, in: Eidenmüller (Hrsg.), Regulatory Competition in Contract Law and Dispute Resolution (2013), 71, 103 ff.

²⁹ Vgl. *Basedow*, RabelsZ 52 (1988), 8, 13; allgemein zu den Aufgaben der Rechtsdogmatik sowie ihrem Verhältnis zur Rechtspraxis *Bumke*, Rechtsdogmatik (2017), 45 ff., 101 ff.

³⁰ Vgl. etwa den wenig trennscharfen Versuch einer dogmatischen Einordnung der ERA durch das OLG München WM 1996, 2335, 2336, wonach diese „den Charakter Allgemeiner Geschäftsbedingungen haben und damit grundsätzlich kraft Unterwerfung, im kaufmännischen

Diese Unsicherheiten sind Indiz dafür, dass die rechtswissenschaftliche Erfassung und Aufarbeitung derartiger Phänomene erst begonnen hat.³¹

An dieser Leerstelle setzt die vorliegende Untersuchung an. Sie entwickelt – ausgehend von einer empiriegeleiteten Analyse und rechtstheoretischen Deutung dreier bereichsspezifischer Ordnungsarrangements des grenzüberschreitenden Finanzverkehrs – mit dem Begriff des *transnationalen Vertrages* einen Vorschlag, wie eine praktisch äußerst bedeutsame Erscheinungsform eines (vermeintlichen) Rechts „jenseits des Staates“ in die Privatrechtsdogmatik der deutschen Rechtsordnung integriert und adäquat durch diese verarbeitet werden kann.

II. Gang und Methodik der Untersuchung

Der erste Teil der Untersuchung nimmt eine *externe* Beobachterperspektive ein.³² Aus dieser werden exemplarisch die Regelungsgegenstände, Akteure und Handlungsformen der grenzüberschreitenden Ordnungsarrangements der ICC zu Dokumentenakkreditiven, der LMA zu Konsortialkrediten und der ISDA zu Kreditderivaten detailliert beschrieben. Der Finanzsektor bietet sich als Anschauungsobjekt in besondere Weise an, weil Erscheinungsformen grenzüberschreitender Ordnung hier im Vergleich zu den in der bisherigen wissenschaftlichen Debatte um ein „Recht jenseits des Staates“ wesentlich präsenteren Leuchtturmprojekten des Handelsrechts – allen voran den UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts³³ – weit weniger erforscht, aber deutlich praxisrelevanter sind. Um das Aufkommen und die Funktionsweise der beschriebenen Ordnungsarrangements nachzuvollziehen, wird auf Erkenntnisse der Neuen Institutionenökonomik sowie der Rechts- und Wirtschaftssoziologie zurückgegriffen.

Verkehr allerdings auch aufgrund konkludent getroffener Vereinbarung gelten, soweit die Regelungen nicht vornherein bereits als Handelsbrauch anzusehen sind [sic].“

³¹ So auch *Renner*, *Zwingendes transnationales Recht* (2010), 87. Überblick zur Vielzahl verschiedener Ansätze bei *Calliess*, *Grenzüberschreitende Verbraucherverträge* (2006), 212 ff.; *Hanschmann/Wihl*, in: *Buckel/Christensen/Fischer-Lescano* (Hrsg.), *Neue Theorien des Rechts* (3. Aufl. 2020), 323 ff.

³² Zur Unterscheidung zwischen externer und interner Perspektive auf das Recht grundlegend *Hart*, *The Concept of Law* (2. Aufl. 1994), 102 f.; *Tamanaha*, *Law & Soc’y Rev.* 30 (1996), 163 ff.

³³ Abrufbar unter <<https://www.unidroit.org/instruments/commercial-contracts/unidroit-principles-2016/>> (diese und alle weiteren zitierten Internetquellen wurden zuletzt abgerufen am 1.2.2023); ausführlich *Boele-Woelki*, *IPRax* 1997, 161 ff.; *Berger*, *The Creeping Codification of the New Lex Mercatoria* (2. Aufl. 2010), 180 ff.; *Vogenaier* (Hrsg.), *Commentary on the UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts (PICC)* (2. Aufl. 2015).

fen, wobei sich Erstere vor allem für die Konturierung der zugrunde liegenden Regelungsproblematik, Letztere hingegen für die Deutung der hierzu in der grenzüberschreitenden Finanzpraxis entwickelten Lösungsstrategien als hilfreich erweisen. Hierbei wird einerseits dargelegt, dass und warum die entstehenden Ordnungsmuster nicht nur als Erscheinungsformen gesellschaftlicher *Normen* mit grenzüberschreitendem Geltungsanspruch, sondern bei rechtstheoretischer Betrachtung durchaus auch als spezifische Ausprägungen eines sich zunehmend verdichtenden transnationalen *Rechts* begriffen werden können (§ 1). Andererseits wird aufgezeigt, dass mit dieser Entwicklung gerade keine vollständige Loslösung vom staatlichen Recht verbunden ist, vielmehr eine Einbeziehung staatlichen Rechts in den Transnationalisierungsprozess nicht nur tatsächlich erfolgt, sondern auch normativ wünschenswert ist (§ 2).

Im zweiten Teil der Untersuchung wird sodann die *interne* Perspektive der staatlichen, namentlich der deutschen Rechtsordnung (einschließlich ihrer europarechtlichen Elemente³⁴) eingenommen und gefragt, wie das staatliche Privatrecht mit den zuvor analysierten und als spezifische Erscheinungsformen transnationalen Rechts gedeuteten Ordnungsstrukturen umgehen kann. Dabei löst sich die Arbeit von der bislang vorherrschenden, aber zumindest *de lege lata* wenig weiterführenden rechtsquellenorientierten Betrachtungsweise – die letztlich auf die Frage der staatlichen Anerkennung oder Nichtanerkennung nicht-staatlichen Rechts hinausläuft. Stattdessen versucht sie, das beschriebene Ordnungsgeschehen gestützt auf den Ansatz der responsiven Rechtsdogmatik³⁵ durch Einführung des Begriffs des *transnationalen Vertrages* zu verarbeiten, welcher als Bindeglied zwischen grenzüberschreitender Ordnungswirklichkeit und nationalstaatlichem Recht fungieren kann (§ 3). Von diesem gemeinsamen begrifflichen Nenner ausgehend werden sodann drei Rechtsebenen identifiziert, auf welchen sich die Besonderheiten transnationaler Verträge in der Rechtsanwendung auswirken können: im Kollisionsrecht (§ 4), im materiellen Schuldvertragsrecht³⁶ (§ 5) und im Internationalen Zivilverfahrensrecht einschließlich des Schiedsverfahrensrechts (§ 6). Dabei wird jeweils anhand konkreter Auslegungsprobleme untersucht, über welche Vorschriften und in welchem Umfang eine Berücksichtigung des spezifisch transnationalen Ordnungskontextes einschlägiger Verträge im staatlichen Privatrecht schon heute möglich ist.

³⁴ Zur zunehmenden Schwierigkeit einer Abgrenzung zwischen mitgliedstaatlichem Recht und Europarecht von *Bogdandy*, *Strukturwandel des öffentlichen Rechts* (2022), 62.

³⁵ Zu diesem Ansatz insbesondere *Grünberger*, *AcP* 218 (2018), 213, 243 ff.; *Grünberger*, *AcP* 219 (2019), 924 ff.; ferner *Viellechner*, *Der Staat* 51 (2012), 559, 569 ff. Ausführlich unten § 3 II. (S. 180 ff.).

³⁶ Soweit im weiteren Gang der Arbeit ohne nähere Spezifizierung der Begriff des „Vertragsrechts“ verwendet wird, ist hiermit das Schuldvertragsrecht gemeint.

Methodisch unternimmt die Arbeit dabei bewusst einen Brückenschlag zwischen verschiedenen rechtswissenschaftlichen Ansätzen, die sich gerade in der Debatte um ein „Recht jenseits des Staates“ bislang nahezu unversöhnlich gegenüberstehen.³⁷ Soweit die Untersuchung zunächst eine externe Beobachterperspektive einnimmt, knüpft sie an die vor allem im angloamerikanischen Raum verbreitete sozialwissenschaftlich inspirierte Rechtswissenschaftstradition an, deren primäres Erkenntnisinteresse in der Erfassung der gesellschaftlichen Wirklichkeit und Wirkung rechtlicher und rechtlich zu bewältigender Phänomene liegt.³⁸ Dahinter steht die Überzeugung, dass staatlich gesetztes Recht (*law in the books*) nur dann gesellschaftliche Steuerungskraft entfalten kann, wenn und soweit es zu den ihm vorausliegenden tatsächlichen Verhältnissen (*law in action*) korrespondiert.³⁹ Einen Grundstein für diese Sichtweise wurde in Deutschland schon im 19. Jahrhundert von *Goldschmidt* gelegt, der für die wissenschaftliche Behandlung des Handelsrechts ein „Naturstudium [...] der wirtschaftlichen Gesetze“ forderte, „nach denen der Wille der Verkehrstreibenden sich bestimmt, und denen gemäß er die Regeln aufstellt, welche allmählich in Form der Gewohnheit oder des Gesetzes sich zum positiven Recht verdichten“.⁴⁰ Über *Goldschmidts* Schüler *Weber* sowie über *Eugen Ehrlich* reifte dieser empiriegeleitete Ansatz zum Ausgangspunkt der deutschen Rechtssoziologie, während er jenseits des Atlantiks vermittelt vor allem durch *Roscoe Pound* und *Karl Llewellyn* im US-amerikanischen Rechtsrealismus fortlebte, dessen Ausläufer insbesondere in den *Law and Economics*- und *Law and Society*-Bewegungen sich zu bis heute äußerst einflussreichen Methoden in der US-amerikanischen Rechtswissenschaft entwickelt haben.⁴¹ Die vorliegende Arbeit möchte die Erkenntnisse dieser interdisziplinären Betrachtung rechtlicher Phänomene ernst nehmen,⁴² hier aber nicht stehen bleiben, sondern sie auch für die Bearbeitung konkreter Rechtsanwendungsprobleme fruchtbar machen.⁴³

³⁷ Vgl. zu dieser Trennung *Shaffer*, Conn. L. Rev. 42 (2009), 147, 149; *Grünberger*, AcP 219 (2019), 924 ff.

³⁸ Vgl. zu dieser Tradition *Kuntz*, AcP 219 (2019), 254, 281 ff.; ferner *Grechenig/Gelter*, RablsZ 72 (2008), 513, 522 ff.

³⁹ Grundlegend *Pound*, Am. L. Rev. 44 (1910), 12, 15 ff.; *Llewellyn*, Colum. L. Rev. 30 (1930), 431; vgl. auch *L. Friedman/Perez-Perdomo/Gómez*, *Law in Many Societies* (2011), 3.

⁴⁰ *Goldschmidt*, ZHR 1 (1858), 1, 19.

⁴¹ Zu dieser Ideengeschichte umfassend *Renner*, *Ancilla Iuris* 2020, 42; vgl. auch *Vesco*, *Die Erfindung der ökonomischen Rechtswissenschaft* (2021), 23 ff., 262 ff. Zum Einfluss dieser Bewegungen in den USA *Merryman/Pérez-Perdomo*, *The Civil Law Tradition* (4. Aufl. 2019), 68; *Priest*, *The Rise of Law and Economics* (2020), 1.

⁴² Vgl. zu diesem Anspruch *Auer*, *Zum Erkenntnisziel der Rechtstheorie* (2018), 10 ff.

⁴³ Zu diesem Ansatz *Grünberger*, AcP 218 (2018), 213, 243 ff.; vgl. in Bezug auf die Einbeziehung wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse auch *Rühl*, *Statut und Effizienz* (2011), 11 ff.

Diese Zielsetzung erklärt die anschließende, komplementäre Einnahme der internen Teilnehmerperspektive eines Anwenders der deutschen Rechtsordnung. Durch diesen Blickwechsel möchte die Untersuchung Anschlussfähigkeit auch an die in Kontinentaleuropa und insbesondere im deutschsprachigen Raum vorherrschende, stärker geisteswissenschaftlich geprägte Rechtswissenschaftstradition gewährleisten.⁴⁴ Deren – ebenso berechtigtes – Hauptanliegen und Erkenntnisinteresse besteht darin, das geltende Recht einer spezifischen Rechtsordnung unter Heranziehung vor allem hermeneutischer Methoden zu durchdringen und systematisch aufzuarbeiten, um so den Anwendern dieser Rechtsordnung eine widerspruchsfreie, möglichst vorhersehbare Lösung der in der Praxis täglich neu entstehenden Rechtsfragen zu ermöglichen.⁴⁵ Und solche stellen sich auch in der Begegnung mit grenzüberschreitenden Ordnungsstrukturen der beschriebenen Art immer häufiger. Die Ausarbeitung einer auf die Beantwortung solcher praktischen Anwendungsfragen ausgerichteten Rechtsdogmatik steht aber noch weitgehend aus.⁴⁶

III. Forschungsstand und Eingrenzung des Untersuchungsgegenstands

Letzteres belegt ein Blick auf den Forschungsstand. Zwar ist das dem Schlagwort der „Transnationalisierung des Rechts“ gewidmete Schrifttum – bei keineswegs einheitlichem Begriffsverständnis⁴⁷ – kaum mehr überschaubar.⁴⁸ Der Großteil der hierzu erschienenen Beiträge widmet sich jedoch ausschließlich der nichtstaatlichen Dimension grenzüberschreitender Ordnung⁴⁹ oder der rechts-

⁴⁴ Zu möglichen Gründen für das deutliche Abweichen der Entwicklung der deutschen im Vergleich zur US-amerikanischen Rechtswissenschaft *Grechenig/Gelter*, *RabelsZ* 72 (2008), 513, 540 ff.

⁴⁵ Repräsentativ etwa *Lobinger*, *AcP* 216 (2016), 28, 30, 36 ff. m. w. N. Zum unmittelbaren Zusammenhang zwischen der „Verstaatlichung“ des Rechts und der Zivilrechtsdogmatik deutscher Prägung *Schmidt*, in: Murakami/Marutschke/Riesenhuber (Hrsg.), *Globalisierung und Recht* (2007), 153, 167.

⁴⁶ Vgl. *Calliess*, in: FS Teubner (2009), 465, 479.

⁴⁷ Dazu ausführlich unten § 1 III. 3. (S. 125 ff.).

⁴⁸ Die vom Kölner Center for Transnational Law unter Federführung von *Klaus Peter Berger* betriebene Trans-Lex Plattform führt eine Bibliographie von über 1.000 wissenschaftlichen Beiträgen zum transnationalen Recht auf, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben (<[https://www.trans-lex.org/biblio/of-transnational-law-\(lex-mercatoria\)>](https://www.trans-lex.org/biblio/of-transnational-law-(lex-mercatoria)>)). Einen guten Überblick zum Diskussionsstand in verschiedenen Rechtsgebieten bieten die Beiträge in *Calliess* (Hrsg.), *Transnationales Recht* (2014) und in *Zumbansen* (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Transnational Law* (2021).

⁴⁹ Vgl. *Calliess*, *Grenzüberschreitende Verbraucherverträge* (2006), 279.

quellentheoretischen Auseinandersetzung, ob und inwieweit ein „Recht ohne Staat“ oder „jenseits des Staates“ überhaupt möglich ist.⁵⁰ Erst in jüngerer Zeit nehmen auch aus „transnationaler Perspektive“ geschriebene Arbeiten vermehrt die Rolle des staatlichen Rechts und das Wechselspiel zwischen privaten und staatlichen Ordnungselementen auf der transnationalen Regelungsebene in den Blick.⁵¹ Implikationen für den rechtsdogmatischen Umgang mit transnationalen Ordnungsstrukturen in einer spezifischen staatlichen Rechtsordnung werden dabei allerdings nur selten thematisiert.⁵² Umgekehrt blenden Forschungsarbeiten, die sich ausgehend von einer konkreten staatlichen Rechtsordnung mit dogmatischen Fragen privater Ordnung beschäftigen, transnationale Ordnungsphänomene meist nahezu vollständig aus.

Exemplarisch für diese Beobachtung steht das deutschsprachige monographische Schrifttum: So stellen im Themengebiet privater Ordnung etwa die aus vornehmlich öffentlich-rechtlichem Blickwinkel geschriebenen Abhandlungen von *Ferdinand Kirchhof*⁵³, *Steffen Augsberg*⁵⁴ und *Patrick Hohl*⁵⁵ die einfach- und insbesondere verfassungsrechtlichen Anforderungen der deutschen Rechtsordnung an die Anerkennung verschiedener Erscheinungsformen privat gesetzter Normen und deren Einordnung in die staatliche Rechtsquellenlehre in den Mittelpunkt, ohne jedoch den Besonderheiten genuin transnationaler Ordnungsarrangements größere Aufmerksamkeit zu schenken. Privatrechtlich ausgerichtete Monographien in diesem Bereich wie diejenigen von *Gregor Bachmann*⁵⁶, *Petra Buck-Heeb* und *Andreas Dieckmann*⁵⁷ sowie *Caroline Engler*⁵⁸ widmen sich demgegenüber der privatrechtsdogmatischen Kategorisierung und Legitimation verschiedener Arten ziviler Regelsetzung, klammern transnationale Erscheinungsformen derselben aber ebenfalls ausdrücklich als Untersuchungsgegenstand aus⁵⁹ oder verneinen von vornherein deren juristische Relevanz.⁶⁰ Demge-

⁵⁰ Dafür etwa *Goldman*, RdC 109 (1963), 347, 474 ff.; *Schmitthoff*, RabelsZ 28 (1964), 47, 58 ff.; *Teubner*, RJ 15 (1996), 255 ff. Dagegen etwa *Mann*, in: *Liber Amicorum Domke* (1967), 157, 164 ff.

⁵¹ So vor allem *Michaels*, Ind. J. Global Legal Stud. 14 (2007), 447; *Michaels*, JITCL 1 (2017), 141, 146 ff.

⁵² Vgl. zu diesem Missstand *Grünberger*, Der Staat 55 (2016), 117, 129 ff. Ansätze in diese Richtung aber bei *Renner*, AcP 213 (2013), 677 ff.; *Renner/Leidinger*, BKR 2015, 499, 500 ff.

⁵³ *F. Kirchhof*, Private Rechtsetzung (1987).

⁵⁴ *Augsberg*, Rechtsetzung zwischen Staat und Gesellschaft (2003).

⁵⁵ *Hohl*, Private Standardsetzung im Gesellschafts- und Bilanzrecht (2007).

⁵⁶ *G. Bachmann*, Private Ordnung (2006).

⁵⁷ *Buck-Heeb/Dieckmann*, Selbstregulierung im Privatrecht (2010).

⁵⁸ *Engler*, Private Regelsetzung (2017).

⁵⁹ So etwa *Engler*, Private Regelsetzung (2017), 22.

⁶⁰ So etwa *G. Bachmann*, Private Ordnung (2006), 38 f., 414 f.

Sachverzeichnis

- acquis communautaire* *siehe* Europäische Union (EU), *acquis communautaire*
- Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB)
283–308, 315 f., 444 f.
- Aushandeln 288, 444
 - Auslegung 271 f., 443
 - Begriff 287–290, 444
 - Einbeziehungskontrolle 292 f., 444 f.
 - Gerichtsstandsvereinbarung *siehe* Gerichtsstandsvereinbarung, AGB-Kontrolle
 - Inhaltskontrolle 293–308, 445
 - Leistungsbeschreibungen und Preisabreden 295–300, 445
 - Natur des Vertrags 302–307, 445
 - Rechtswahl *siehe* Rechtswahl, AGB-Kontrolle
 - Schiedsvereinbarung *siehe* Schiedsvereinbarung, AGB-Kontrolle
 - Verwender 288–290, 444
- Allgemeininteressen 149, 151 f., 157–160, 219, 240 f., 245–247, 283, 309, 357 f., 398, 416, 438, 441, *siehe auch* gesamtgesellschaftliche Rückbindung
- Anerkennung ausländischer Gerichtsscheidungen 384–402, 452–454
- Versagungsgründe 387–394, 396–400, 452–454
 - Wirkungserstreckung 386 f., 395
- Anerkennung von Schiedssprüchen 426–433, 455 f.
- Versagungsgründe 428–433, 455 f.
- Anknüpfung
- objektive Anknüpfung 189 f., 255–258, 442
 - Sonderanknüpfung 202, 224 f., 237, 246, 441
 - subjektive Anknüpfung *siehe* Rechtswahl
- Anwälte 78, 91, 139, 162 f., 270, *siehe auch* Kautelarpraxis
- Anwaltskanzleien *siehe* Anwälte
- Aufhebung von Schiedssprüchen 426–434, 455 f.
- Auslegung *siehe* Vertragsauslegung
- Ausschluss *siehe* Umgang mit transnationalen Ordnungsstrukturen, Ausschluss
- Autonomie *siehe* Privatautonomie
- Autopoiesis *siehe* Systemtheorie, Autopoiesis
- back-to-back* Verträge 79, 227 f., 257
- Basler Ausschuss für Bankenaufsicht 249
- Beobachterperspektive 6–8, 13, 114, 116, 437
- Binnenmarktsachverhalt 233–235, *siehe auch* Inlandssachverhalt; Rechtswahl, Begrenzungen
- bottom-up lawmaking* 32
- Brexit 24, 86, 234, 361, 363
- Brüssel Ia-Verordnung (Brüssel Ia-VO) 212 f., 321–359, 380 f., 383–393
- CISG 28, 83
- Close-out Netting 67–69, 74, 176, 327
- contrat sans loi* 103 f., 116
- Credit Default Swap *siehe* Kreditderivat
- Datumtheorie 244
- Deferenz *siehe* Umgang mit transnationalen Ordnungsstrukturen, Deferenz
- Delegation *siehe* Umgang mit transnationalen Ordnungsstrukturen, Delegation
- Demokratie 141–144, 202 f.
- dépeçage* 23, 370
- Derivat 58–61, 239 f., 256, 355, *siehe auch* Swap
- Kreditderivat 2, 61–79, 326 f.
- Determinations Committees 70–72, 87, 118, 120, 159

- dispositives Recht 89, 219, 266–268, 275 f., 279 f., 298, 443 f.
- Documentary Credit Resolution Expertise (DOCDEX) 46 f., 118, 120, 159
- Dogmatik *siehe* Rechtsdogmatik
- Dokumentenakkreditiv 1, 36–48, 75–79, 130–132, 135
- Drittsschutz 144, 149, 157, 159 f., 219, 235, 246 f., 283, 309, 357 f., 398, 416, 438, 441, *siehe auch* gesamtgesellschaftliche Rückbindung
- Eingriffsnormen 240–251, 354–358, 375–380, 422–426, 441 f., *siehe auch* international zwingendes Recht
- Eingriffsrecht *siehe* Eingriffsnormen
- Einheitliche Richtlinien und Gebräuche für Dokumenten-Akkreditive (ERA) 43–48, 88, 131 f., 135, 154 f.
- Einheitsrecht *siehe* internationales Einheitsrecht
- Erwartungen
- kognitive Erwartungen 110
 - normative Erwartungen 110, 122 f., 171 f., 180, 303–305, 336–338
 - relationale Erwartungen 303, 336 f.
- Erwartungssicherheit 14–19, 23–26, 30–32, 35, 76, 79, 110, *siehe auch* Rechtssicherheit; Transaktionssicherheit
- Europäische Union (EU) 23 f., 113 f., 141, 174, 235
- *acquis communautaire* 332, 389, 397, 449
 - Austritt des Vereinigten Königreichs *siehe* Brexit
 - Brüssel Ia-VO *siehe* Brüssel Ia-Verordnung (Brüssel Ia-VO)
 - Rom I-VO *siehe* Rom I-Verordnung (Rom I-VO)
- Externalisierung 120–123
- externe Perspektive *siehe* Beobachterperspektive
- Financial Stability Board 69, 74, 249 f.
- Finanzbereich 1 f., 11 f., 27 f., 35 f., 75–79, 435–437
- Finanzmarkt *siehe* Finanzbereich
- Finanzsektor *siehe* Finanzbereich
- Finanzverkehr *siehe* Finanzbereich
- focal point* 92
- forum shopping* 23, 371, *siehe auch law shopping*
- funktionale Ausdifferenzierung 2, 103, 109 f., 134, 456
- Funktionssystem 109 f., *siehe auch* Systemtheorie
- Gemeinwohl *siehe* Allgemeininteressen
- Generalklauseln 281 f., 311–314, 316, 446, *siehe auch* offene Rechtsbegriffe
- Gerechtigkeit 107 f.
- international-privatrechtliche Gerechtigkeit 192 f.
- Gerichtsstände
- ausschließliche Gerichtsstände 350–354, 361, 374 f., 398
 - objektive Gerichtsstände 380–383, 451 f.
 - vereinbarte Gerichtsstände *siehe* Gerichtsstandsvereinbarung
 - zwingende Gerichtsstände 328 f., 348–354, 361, 374 f., 391, 398, 448 f., 451
- Gerichtsstandsklausel *siehe* Gerichtsstandsvereinbarung
- Gerichtsstandsvereinbarung 121 f., 162–164, 318, 320–380, 447–451
- AGB-Kontrolle 335 f., 340 f., 448, 450
 - Anforderungen 333–348, 360, 363–365, 367–372, 447 f., 450 f.
 - anwendbares Recht 339–343, 360, 364 f., 369–372, 377 f., 448, 451
 - asymmetrische Gerichtsstandsvereinbarung 343–347, 448
 - Begrenzungen 348–359, 360 f., 365 f., 372–380, 448 f., 450 f.
 - Bestimmtheit 334, 360, 363 f., 368, 448, 450
 - Form 335–338, 360, 364, 368 f., 448, 450
 - Gegenstand 333 f., 367 f.
 - Missbrauchskontrolle 358 f., 361, 380, 449, 451
 - Verletzung 391–393
- gesamtgesellschaftliche Rückbindung 144, 148–157, 241 f., 245 f., 253, 260, 309, 313 f., 439, 441 f., *siehe auch* Allgemeininteressen; Drittsschutz; Schwächerenschutz

- Gesamtverweisung 342
 Gesellschaftsadaquanz 158–160
 Gesellschaftsrecht 210–214, 290–292, 350–354, 448 f.
 Wohnheitsrecht 177, 179, 282 f.
 Gleichordnung *siehe* Umgang mit transnationalen Ordnungsstrukturen, Gleichordnung
 Globalisierung 2 f., 18, 35, 103, 148 f., 151
 Gruppenrichtigkeit 144–147, 294
 Gutachten *siehe* Opinions
- Haager Anerkennungs- und Vollstreckungsübereinkommen 394
 Haager Gerichtsstandsübereinkommen (HGÜ) 361–366, 393 f., 449 f., 453
 Haager Konferenz für Internationales Privatrecht 27
 Hague Principles on Choice of Law in International Commercial Contracts 29, 190, 194 f.
 Handelsbrauch 179, 269, 282, 307, 337 f.
 Handelsgewohnheitsrecht *siehe* Gewohnheitsrecht
 Handelsvertreterausgleich 375 f., 423
 Hierarchisierung 116–119
- Inkorporation *siehe* Umgang mit transnationalen Ordnungsstrukturen, Inkorporation
 Inlands Sachverhalt 223–233, 441, *siehe auch* Binnenmarktsachverhalt; Rechtswahl, Begrenzungen
 Insolvenzrecht 67 f., 166, 326 f., 362
 Institutionenökonomik 6 f., 15–19, 110, 130, *siehe auch* Ökonomik
 International Chamber of Commerce (ICC) 1, 41–48, 80–94, 118, 130–132, 154 f.
 – Bankenkommission 1, 42, 44–47
 – DOCDEX 46 f., 118, 120, 159
 – ERA 43–48, 88, 131 f., 135, 154 f.
 International Swaps and Derivatives Association (ISDA) 2, 63–75, 80–94
 – Definitions 66 f., 70 f.
 – Determinations Committees 70–72, 87, 118, 120, 159
 – Master Agreement 65–69, 86, 122
 – Protocols 67, 70, 74, 86, 117
- international zwingendes Recht 142, 241–243, 354–356, 375–380, 422–426, *siehe auch* Eingriffsnormen; *ordre public*
 Internationale Handelskammer *siehe* International Chamber of Commerce (ICC)
 internationale Zuständigkeit *siehe* Gerichtsstände
 internationaler Entscheidungseinklang 22 f., 26, 187
 internationales Einheitsrecht 25–30, 35, 83, 435 f.
 – optionales Einheitsinstrument 26
 – Rechtsharmonisierung 25–30, 35, 435 f.
 – Rechtsvereinheitlichung 25–30, 35, 83, 435 f.
 Internationales Privatrecht 20–25, 101 f., 187–260, 439–442
 Internationales Zivilprozessrecht 20, *siehe auch* Internationales Zivilverfahrensrecht
 Internationales Zivilverfahrensrecht 20–25, 317–434, 447–456
 interne Perspektive *siehe* Teilnehmerperspektive
- Kartellrecht 248, 309 f., 418, 431
 Kautelarpraxis 77, *siehe auch* Anwälte
 kognitive Erwartungen *siehe* Erwartungen, kognitive Erwartungen
 Kollisionsrecht *siehe* Internationales Privatrecht
 Kommunikationscode *siehe* Systemtheorie, Kommunikationscode
 Konsortialkredit 1 f., 48–58, 75–79, *siehe auch* Kredit
 – Kreditkonsortium 210–214, 277–279, 290–292, 350 f.
 Konstitutionalisierung 150, 153–156, 245–247, 253–255, 309 f.
 Kredit 49 f., *siehe auch* Konsortialkredit
 Kreditderivat *siehe* Derivat, Kreditderivat
 Kreditkonsortium *siehe* Konsortialkredit, Kreditkonsortium
- Law and Economics* 8, *siehe auch* Ökonomik
Law and Society 8, *siehe auch* Rechtssoziologie

- law in action* 8, 13, 181, 204, *siehe auch* lebendes Recht; Rechtsrealismus
- law in the books* 8, 13, 181, 204
- law merchant* *siehe* *lex mercatoria*
- law mix* 224 f., 234, 237 f.
- law shopping* 23, *siehe auch* *forum shopping*
- lebendes Recht 102, *siehe auch* *law in action*; Rechtsrealismus
- Legal Origins Theory* 166 f.
- Legal Realism* *siehe* Rechtsrealismus
- Legitimation 140–156, 202 f., 438
- lex causae* 244, 370 f.
- lex fori* 211 f., 371, 417 f., 430
- lex fori prorogati* 343, 371 f.
- lex mercatoria* 3, 32 f., 125, 133, 200 f.
- Loan Market Association (LMA) 1 f., 53–58, 80–94
- Lugano-Übereinkommen (LugÜ) 359–361, 381–384, 393, 449, 453
- Marktversagen 139 f., 149, 169, 246, 284, 289, 298 f., 305–307, 445
- materiellrechtliche Verweisung 188, 194, 224
- Model Law *siehe* Modellgesetz
- Modellgesetz 29 f., 248 f.
- Musterdokument 43–45, 55–58, 65–69, 81–96, 110 f., 117–121, 133, 135–139, 145–147, 179, 184 f., 193–205, 215 f., 226 f., 257 f., 267–279, 282, 287–290, 293–295, 301, 304, 323–325, 347, 436 f., 439–445
- Musterregelung *siehe* Musterdokument
- Mustervertrag *siehe* Musterdokument
- Nationalstaat *siehe* Staat
- Natur des Vertrags *siehe* Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB), Natur des Vertrags
- Naturstudium 8, 13
- Netzwerkeffekte 90 f., 138–140
- New Yorker Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche (UNÜ) 138, 403, 405–433
- Norm 4, 7, 16, 95 f., 129
- Rechtsnorm *siehe* Rechtsbegriff
- normative Erwartungen *siehe* Erwartungen, normative Erwartungen
- offene Rechtsbegriffe 280–282, 315, 443 f., *siehe auch* Generalklauseln
- öffentliches Recht 141–144, 151–153, 242
- Öffentlichkeit 152 f.
- Ökonomik
- Institutionenökonomik 6 f., 15–19, 110, 130
- (neo-)klassische Ökonomik 16 f.
- ökonomische Analyse des Rechts *siehe* *Law and Economics*
- Opinions 46, 70, 91, 118
- opt-in* 83, 137, 142, 145, 282
- opting out of regulation* 224, 378 f., 397, 424
- optionales Einheitsinstrument *siehe* internationales Einheitsrecht, optionales Einheitsinstrument
- Ordnungsregime 79–94, 110–124, *siehe auch* transnationales Vertragsrechtsregime
- Ordnungsstrukturen *siehe* Ordnungsregime
- ordre public* 241, 251–255, 313 f., 354–358, 366, 375–380, 388–390, 397 f., 422–426, 430–433, 441 f., 449–451, 453, 455 f.
- negativer *ordre public* 251–255, 314
- positiver *ordre public* *siehe* Eingriffsnormen
- transnationaler *ordre public* 247, 255, 366, 390, 398, 441, 450, 455, *siehe auch* Transnationalisierungsfähigkeit
- over the counter* (OTC) 60
- Panel of Recognised International Market Experts in Finance (P.R.I.M.E. Finance) 72 f., 318, 403, *siehe auch* Schiedsgerichtsbarkeit, Finanzstreitigkeiten
- Parteiautonomie *siehe* Rechtswahl
- Principles of European Contract Law (PECL) 29, 136, 195, 198
- Privatautonomie 101, 143 f., 157 f., 262, 308, 318, *siehe auch* Vertragsfreiheit
- private ordering* *siehe* private Ordnung
- private Ordnung 2 f., 10, 30–35, 436
- privates Einheitsrecht 11, 180
- Protokolle *siehe* International Swaps and Derivatives Association (ISDA), Protocols

- Qualifikation 23, 209–214, 290 f., 350 f., 440
- Rechtsanwälte *siehe* Anwälte
- Rechtsbegriff 3 f., 32–34, 96–123, 196, 437
– relativer Rechtsbegriff 113–115, 171 f., 174 f., 437
- Rechtsdogmatik 5, 9, 10, 171–173, 179 f.
– responsive Rechtsdogmatik 7, 180–183, 185, 438 f., 457
- Rechtsetatismus 3 f., 98–102, 437
- Rechtshängigkeit 383 f., 452
– Torpedoklagen 383
- Rechtsharmonisierung *siehe* internationales Einheitsrecht, Rechtsharmonisierung
- Rechtswahl *siehe* Wettbewerb der Rechtsordnungen
- Rechtsökonomik *siehe* Law and Economics
- Rechtsppluralismus 4, 102–106, 437
- Rechtsquellen 98–106
- Rechtsrealismus 8, *siehe auch* law in action; lebendes Recht
- Rechtssicherheit 16 f., 18 f., 24–26, 189, 435 f., *siehe auch* Erwartungssicherheit; Transaktionssicherheit
- Rechtssoziologie 6 f., 8, *siehe auch* Law and Society
- Rechtstheorie 96–115, 437
- Rechtsvereinheitlichung *siehe* internationales Einheitsrecht, Rechtsvereinheitlichung
- Rechtswahl 162–164, 188–255, 259 f., 439–442
– AGB-Kontrolle 217–219, 440
– Anforderungen 214–219, 440
– Begrenzungen 219–255, 440–442
– Erklärung 214–217, 440
– Rechtswahl nichtstaatlicher Regelwerke 175, 193–205, 439
– Teilrechtswahl 195, 200, 202
– unechte Rechtswahl *siehe* materiellrechtliche Verweisung
- rechtswahlfreundliche Auslegung 261, 314 f.
- Responsivität *siehe* Rechtsdogmatik, responsive Rechtsdogmatik
- Rom I-Verordnung (Rom I-VO) 195–260, 342 f., 370, 439–442
- rough-and-ready agreements* 263, 336, 442 f.
- Schiedsfähigkeit
– gesellschaftsrechtliche Streitigkeiten 419
– kartellrechtliche Streitigkeiten 418, 431
– objektive Schiedsfähigkeit 416–419, 430, 455
– subjektive Schiedsfähigkeit 419–422, 429 f., 455
- Schiedsgericht *siehe* Schiedsgerichtsbarkeit
- Schiedsgerichtsbarkeit 120, 127, 138, 247, 255, 318 f., 325, 402–434, 454–456
– Autonomie 403–405
– Bindung an staatliches Kollisionsrecht 431
– Finanzstreitigkeiten 73, 120, 403
– Kompetenz-Kompetenz 392, 407
- Schiedsort 405 f., 408–412, 426 f., 454
- Schiedspruch
– Anerkennung 426–434, 455 f.
– Aufhebung 426–434, 455 f.
– Vollstreckung 426–434, 455 f.
- Schiedsvereinbarung 318, 407–426, 429 f., 433 f., 454 f.
– AGB-Kontrolle 415 f., 454
– Anforderungen 408–416, 429 f., 454
– anwendbares Recht 412–414, 454
– asymmetrische Streitbeilegungsklauseln 416
– Begrenzungen 416–426, 454 f.
– Bestimmtheit 408
– Einrede 406 f., 454
– Form 408–412
– Verletzung 391–393
- Schuldstatutstheorie 243 f.
- Schwächerenschutz 144, 149, 157, 159 f., 219, 235–240, 242 f., 283, 301, 309, 335, 348 f., 357, 361, 372 f., 391, 398, 410–412, 416, 421 f., 438, 441, 448, 451, 455, *siehe auch* gesamtgesellschaftliche Rückbindung; Verbraucher
- second order bargaining* 88, 146
- Sekundärmarkt 49, 52, 58, 76, 79, 93, 213, 337
- Sekundärnormen 106, 112 f., 115–119, 141, 174, 184, 437
- Sekundärregeln *siehe* Sekundärnormen
- soft law* 29, 249, 253 f.
- Sonderanknüpfung 202, 232, 235–240, 248, 251, 441

- Sonderanknüpfungslehre 244
- Staat 2–6, 98–102
- Souveränität 2, 18, 99 f.
 - staatliches Recht 4 f., 16 f., 20–30, 98–102, 104 f., 130–160, 169, 171–173, 437–439, 456 f.
 - Territorialität 2, 18, 20, 22, 83, 99 f., 156 f., 435 f.
- Standardvertrag *siehe* Musterdokument
- strukturelle Kopplung *siehe* Systemtheorie, strukturelle Kopplung
- Swap 59 f., 227 f., 256, 351, *siehe auch* Derivat
- Systemtheorie 109–123, 437
- Autopoiesis 110
 - Kommunikationscode 109 f.
 - strukturelle Kopplung 148, 262, 283
 - Umwelt 109 f., 115, 181 f., 438
- Teilnehmerperspektive 7, 9, 114, 116, 171, 437 f.
- Temporalisierung 119 f.
- Torpedoklagen *siehe* Rechtshängigkeit, Torpedoklagen
- Transaktionskosten 15 f., 18 f., 24, 88–90, 272, 435
- Transaktionssicherheit 15–19, 23 f., 26, 30–32, 34 f., 37, 48, 58, 76, 79, 435 f., *siehe auch* Erwartungssicherheit; Rechtssicherheit
- Transformationsnormen 186
- transnational legal orders* 128 f.
- transnationaler Vertrag 6 f., 180, 183–189, 193, 205–260, 261–316, 317–434, 438–457
- transnationales Recht 7, 9–11, 124–130, 133 f., 136, 151, 156–158, 160, 169, 178, 193, 456
- transnationales Vertragsrechtsregime 129 f., 132–134, 141–147, 153–156, 160, 164, 169, 185, 187 f., 193, 209, 213, 236, 253, 258, 261 f., 267 f., 270, 273, 276 f., 306, 315 f., 318, 437–439, 456
- Transnationalisierung des Rechts *siehe* transnationales Recht
- Transnationalisierungsfähigkeit 246–251, 254 f., 260, 309, 316, 358, 366, 379 f., 390, 397, 426, 432, 441, 446, 450 f., 453, 455
- Treu und Glauben 269, 277, 281 f., 311, 315, 444, 446
- Treupflichten 278 f.
- Umgang mit transnationalen Ordnungsstrukturen
- Ausschluss 178
 - Deferenz 177
 - Delegation 176 f.
 - Gleichordnung 175
 - Inkorporation 176
 - responsive Rechtsdogmatik *siehe* Rechtsdogmatik, responsive Rechtsdogmatik
- Umwelt *siehe* Systemtheorie, Umwelt
- UNCITRAL 27, 48, 69, 124, 147, 154 f.
- UNCITRAL-Modellgesetz über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit (UNCITRAL ML) 30, 405
- UNIDROIT 27, 28, 69, 74
- UNIDROIT Principles of International Commercial Contracts 6, 29, 113, 136, 195, 198
- UNIDROIT Principles on the Operation of Close-Out Netting Provisions 29 f., 69
- UN-Kaufrecht *siehe* CISG
- Verbraucher 185, 218, 236–240, 301, 340 f., 348 f., 372 f., 381, 409–412, 421 f., 441, 448, *siehe auch* Schwächerenschutz
- Verkehrskreis 87 f., 96, 146, 268, 273, 281 f., 293, 300 f., 304, 306, 312 f., 315 f., 443–445
- Verkehrssitte 269, 281 f., 311–314, 446
- Vertragsauslegung 265–280, 315, 443
- Vertragsfreiheit 148 f., 262, 308, 442, *siehe auch* Privatautonomie
- Begrenzungen 283–314, 444–446
- Vertragskette 78 f., 91, 229, 233
- Vertragsnetzwerk 78 f., 91, 96, 116–123, 233, 436 f.
- Vertragsrecht 261–316, 442–446
- Vertragsrechtsregime *siehe* transnationales Vertragsrechtsregime
- Vertragsschluss 262–265, 315, 442 f.
- Vertragssprache 265, 273 f.
- Vertragstypen 77 f., 81, 89, 117, 184, 190, 201, 255 f., 266–268, 275–277, 298, 302, 305–307, 316, 437, 443

- Völkerrecht 4, 18, 25, 28, 82, 100 f., 123, 143, 151 f., 247, 436
- Vollstreckung ausländischer Gerichtsentscheidungen 20, 384–402, 452–454
- Versagungsgründe 387–394, 396–400, 452–454
- Vollstreckung von Schiedssprüchen 426–434, 455 f.
- Versagungsgründe 428–433, 455 f.
- Vorabentscheidungsverfahren 212, 229, 337, 351, 376
- Wettbewerb der Rechtsordnungen 160–169
- Wirtschaftsverfassung 154 f., 246, 308 f., 433, 441
- Wissensteilung 306
- Zins 50, 245, 251 f., 297–301, 310 f., 445
- Zuordnungsfreiheit 318, 447
- zwingendes Recht 131, 142, 149 f., 155, 159 f., 188, 193, 195, 202, 205, 219, 223 f., 232–234, 240–243, 283, 305, 308–314, 316, 348, 406, 445 f.
- international zwingendes Recht 142, 241–243, 354–356, 375–380, 422–426, *siehe auch* Eingriffsnormen; *ordre public*